

**Antrag
des Landes
Nordrhein-Westfalen**

**Gesetz zur stärkeren Berücksichtigung der Schadstoffemissionen bei
der Besteuerung von Personenkraftwagen
(Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz 1997 - KraftStÄndG 1997)**

Punkt 8 der 707. Sitzung des Bundesrates am 19. Dezember 1996

Der Bundesrat möge beschließen, zu dem Gesetz die Einberufung des Vermittlungsausschusses gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes aus folgendem Grund zu verlangen:

Zum Gesetz allgemein:

Dem Gesetz fehlen ausreichende Lenkungsinstrumente zur Minderung des Kraftstoffverbrauchs. Die Anreize zur Kraftstoff- bzw. CO₂-Minderung reichen bei weitem nicht aus, zumal sich die Besteuerung nach wie vor am Hubraum orientiert und der Gesetzentwurf daher zu einer aus ökologischer Sicht nicht gerechtfertigten Begünstigung von PKW mit großem Hubraum führen würde, während kleinere Kompakt-PKW mit geringerem Benzinverbrauch benachteiligt wären.

Ausgeliefert am 18. DEZ. 1996